

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 10 (1896)

263 (11.11.1896)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-224605](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-224605)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat (inkl. Frangiergeld) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5186) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion und Expedition:
Sant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon - Anschluss Nr. 58.

Inserate werden die fünfgehaltene Gornspalte ober deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechendes Rabatt. Schmälerer Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 263.

Bant, Mittwoch den 11. November 1896.

10. Jahrgang.

Marxsche Theorie und Einkommensteuer.

Ein Wochenschrift geht durch die „Ordnungs“-presse, der mit wenigen Druckzeilen einmal wieder den Marx abhütet. Derselbe ist ein kurzer Auszug aus einem Artikel des Dr. Wilhelm Böhmert im letzten Heft des Schmoller'schen „Jahrbuch“ über „die mittleren Klassen der Einkommensteuer in einigen deutschen Großstädten in den Jahren 1880—1895“. Halten wir uns daher sogleich an dies Original der Marx- und Sozialistenvermittlung.

Herr Dr. Böhmert — wenn wir nicht irren, ein Sohn des bekannten Professors Ritor Böhmert — hat ganz nettes statistisches Material zusammengetragen über die Entwicklung der Einkommensverhältnisse in mehreren deutschen Städten, nämlich in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg, Braunschweig. Das Hauptresultat seiner Untersuchung ist, daß in allen diesen Städten die mittleren Steuerstufen sich beträchtlich an Zahl der in ihnen befindlichen Personen, sowie an Höhe des Durchschnittseinkommens gehoben haben. Außerdem ist er zu mehreren interessanten Einzelstellungen gekommen, wie z. B. daß Braunschweig in der eben bezeichneten Entwicklung weit ungünstiger dasteht als die übrigen untersuchten Großstädte, was wohl mit Recht darauf zurückgeführt wird, daß gerade die großindustrielle Entwicklung in Braunschweig nicht so vorgeschritten ist wie in Chemnitz u. d. hätte sich Herr Dr. Böhmert mit der Feststellung solcher kleinen, aber doch wertvollen Ergebnisse begnügt, so wäre alles gut. Nur — die bürgerliche Presse hätte ihn nicht ausnutzen können. Ihr wurde der Böhmert'sche Aufsatz erst zu einer „überaus interessanten Studie“ — so sagt das „Zeitspiegel Tageblatt“ — indem es sich so nebenbei noch eine Aufmärkung der Marxisten leistete.

Unsere „Männer von der Wissenschaft“ sind recht zu bedauern. Im Wachen und im Träumen schmeit ihnen der mächtige Marx vor. Kerns fuchteln sie gegen die uneliebliche Größe und in ihrer Nervosität versallen sie auf allerlei Dummbheiten und in allerlei Widersprüche. Drollige Widersprüche zeichnen auch Herrn Böhmerts Marxbefämpfung aus.

Dr. Böhmert erzählt uns, „der von der sächsischen Statistik erachtete Nachweis, daß in Sachsen sich die Zahl der mit einem Einkommen von 1600—3300 Mk. eingeschätzten Personen in allen Steuerjahren nicht nur absolut, sondern auch relativ erheblich vermehrt habe, habe im sozialdemokratischen Lager einen Sturm der Entzückung hervorgerufen.“ Wertwürdig ist das von

diesem Sturm auch nicht ein laies Säuseln an unser Ohr gedrungen ist. Ganz abgesehen davon, daß sich wohl kaum Jemand über Zahlen „enträsten“ möchte. Zahlmäßige Feststellungen können eine vorgefaßte Ansicht erhärten, doch man kann sich nicht dagegen „enträsten“. Aber die sächsische Einkommensteuerstatistik hat wohllich auch Niemanden erschüttert. Wir Sozialdemokraten haben ihre Ergebnisse sehr eifrig registriert und gefunden, daß sie unsere Grundanschauungen durchaus bestätigen und daß sie insbesondere gegen die bekämpften „Prophezeiungen“ vom Untergange des — nun nicht des „Mittelstandes“, sondern des Kleinbetriebes nichts bedeuten.

Und — sonderbar! — unser Autor, soeben grimmer Antimarxist, der ins Feld zieht, um die Marx'sche Behauptung, daß die Klassenverhältnisse sich verschärfen, hinweg zu disputieren, wandelt alsbald schier auf marxistischen Wegen, indem er dasselbe nachsagt, was wir ihm stets vorgefagt haben. Er sagt: „Versteht man darunter (nämlich unter „Mittelstand“) den Handwerkerstand, wie er etwa in der alten Justitverfassung sich darstellte, so wird wohl Niemand bezweifeln, daß in der Marx'schen Behauptung etwas Wahres liegt.“ Na also, Herr Dr. Böhmert, was denn das ganze Gerede, daß die Einkommensteuerstatistik etwas gegen die sozialdemokratische Lehre beweist! Man höre noch folgende zwei Sätze, welche Herr Böhmert wenige Seiten vor einander fertig bringt: „Hamburg und Chemnitz haben in den letzten 15 Jahren kaum eine nennenswerthe Verminderung dieser mittleren Steuerstufen (gemeint ist die Einkommensklasse von 2500 bis 6000 Mk.) erfahren! Fürwahr eine Illustration zu der Marx'schen „Geschichtsbildung“, wie sie bezeichnender nicht gedacht werden kann!“ — und: „Und doch beweisen die in dieser Statistik aufgeführten Thatfachen gegen die Hebertenheit des industriellen Großbetriebes gar nichts.“ Die Zusammenstellung dieser beiden Sätze dürfte hinreichen zu dem Schluß: Fürwahr ein Beispiel für die frappante Sucht der bürgerlichen Wissenschaftler, Marx anzuspöln, „wie es bezeichnender nicht gedacht werden kann“.

Also Herr Böhmert giebt selbst zu, daß das Wachsen des Einkommens in den mittleren Steuerklassen nichts mit der Frage zu thun hat, ob der selbstständige Kleinbetrieb eine absterbende Wirtschaftsform vorstellt oder nicht. Wir brauchen uns daher mit dem Nachweis, daß der Untergang des Kleinbetriebes und Einkommensminderung in den mittleren Steuerstufen sich sehr wohl mit einander vertragen, nicht weiter

aufzuhalten. Möchte Herr Dr. Böhmert dem Marx und der Sozialdemokratie eins am Zeuge fügen, so hätte er seine Tabellen auf ganz andere Momente hin prüfen müssen. Er hätte nicht den „Mittelstand“ für sich, sondern eben als Mittelglied der beiden Extreme betrachten müssen. Wir behaupten: Wachsende Konzentration der Reichthümer an einem Pol, Verarmungen bisher selbstständiger Existenzen an anderen Pol. Wir haben die Wichtigkeit dieser Behauptung wieder gerade in der Einkommensstatistik, das heißt alsbald schier auf marxistischen Wegen, indem er dasselbe nachsagt, was wir ihm stets vorgefagt haben. Er sagt: „Versteht man darunter (nämlich unter „Mittelstand“) den Handwerkerstand, wie er etwa in der alten Justitverfassung sich darstellte, so wird wohl Niemand bezweifeln, daß in der Marx'schen Behauptung etwas Wahres liegt.“ Na also, Herr Dr. Böhmert, was denn das ganze Gerede, daß die Einkommenssteuerstatistik etwas gegen die sozialdemokratische Lehre beweist! Man höre noch folgende zwei Sätze, welche Herr Böhmert wenige Seiten vor einander fertig bringt: „Hamburg und Chemnitz haben in den letzten 15 Jahren kaum eine nennenswerthe Verminderung dieser mittleren Steuerstufen (gemeint ist die Einkommensklasse von 2500 bis 6000 Mk.) erfahren! Fürwahr eine Illustration zu der Marx'schen „Geschichtsbildung“, wie sie bezeichnender nicht gedacht werden kann!“ — und: „Und doch beweisen die in dieser Statistik aufgeführten Thatfachen gegen die Hebertenheit des industriellen Großbetriebes gar nichts.“ Die Zusammenstellung dieser beiden Sätze dürfte hinreichen zu dem Schluß: Fürwahr ein Beispiel für die frappante Sucht der bürgerlichen Wissenschaftler, Marx anzuspöln, „wie es bezeichnender nicht gedacht werden kann“.

Uns wäre es sehr interessant gewesen, die Erweiterung des Klassengegensatzes zwischen reich und arm auch nach den Böhmert'schen Zahlen für die genannten Großstädte näher nachzuspüren, doch das Jiffermaterial reicht dazu nicht aus, sintermalen es ausschließlich auf den Erweis des Fortschreitens der mittleren Stufen angelegt wurde. Deshalb wollen wir hier — es ist gut, den bürgerlichen Marx-Vernichtern dies immer wieder vor die Augen zu halten — an das diesbezügliche Resultat aus der sächsischen Einkommenssteuerstatistik erinnern, wie es zur („Neue Zeit“ 1893) für die Entwicklung von 1879 bis 1890 berechnet hat. Im Jahre 1879 machten diejenigen Steuerpflichtigen, welche ein Einkommen unter 2200 Mk. haben, 94,81 pCt. aller Steuerpflichtigen aus. Bis 1890 hatten dann 0,94 pCt. eine höhere Einkommensstufe erreicht, so daß noch 93,87 pCt. bis zu 2200 Mk. bezogen. Betrag aber das Einkommen jener 94,81 pCt. im Jahre 1879 noch 67,59 pCt. des Gesamtmeinkommens aller Steuerpflichtigen, so machte 1890 der Anteil der 93,87 pCt. nur 63,33 pCt. aus. Die ungekehrte Bewegung findet sich, wenn wir die Einkommen über 2200 Mk. ansehen. 1879 hatten 5,19 pCt. der Steuerzahler 32,41 pCt. des gesammten Volkseinkommens, 1890 hatten 6,13 pCt. der Steuerzahler 36,67 pCt. des Volkseinkommens. Die prozentuale Vergrößerung der Einkommen in den oberen Klassen ist also bedeutend größer, als diejenige in den unteren Klassen. Das aber bedeutet eben nichts

Anderes, als Erweiterung des Klassengegensatzes. Wir fügen noch hinzu, daß die Statistik von 1892 und 1894 diese Tendenz der Entwicklung durchaus bestätigt.

Es erübrigt sich noch eine Frage. Wenn das Wachstum der Einkommen in den mittleren Steuerstufen auch nicht gegen Marx beweist, beweist es etwa das, was unsere Widersacher und auch Herr Dr. Böhmert annehmen, nämlich daß der Wohlstand jener Bevölkerungstheile sich verbessert habe. Wäre dies der Fall, uns sollte es natürlich lieb sein. Auch unser vielersehntes „Dozna“ wäre ja dadurch gar nicht berührt, denn es besagt nur, daß der Anteil der unteren Klassen nicht für eingetretten, jedenfalls aber nicht durch die Böhmert'schen Jiffern für erwiesen. Es ist schon oft genug darauf hingewiesen worden, daß eine Vermehrung des Geldeinkommens noch keineswegs eine Verbesserung der Lebenslage bedeutet. Verdient wirklich der Arbeiter heute 4 Mk. statt 3 Mk. vor 15 Jahren, so kann er sich doch für 4 Mk. heute sein Leben nicht so einrichten, wie damals für 3 Mk., wenn die Preise der Lebensmittel, der Kleidungsgegenstände, die Wohnungsmiete u. d. verhältnismäßig noch höher gestiegen sind, als das Einkommen gewachsen ist. Wir können dieser Frage hier nicht näher treten, aber alle statistischen Berechnungen zeigen, daß allein die Erhöhung der Mietpreise in den Großstädten die Vermehrung des Einkommens sehr beträchtlich weit machen dürften. Man nehme hinzu die fast stetige Steigerung der Preise für wichtige Lebensmittel, und es wird jedem ehrlichen Beurtheiler die Lust vergehen, von einem wachsenden Wohlstand zu reden.

Wir empfehlen also dem Herrn Dr. Wilhelm Böhmert, sich die Bekämpfung der Marx'schen Theorie wenigstens nicht gar so leicht zu machen. Das ist denn doch kein Kinderpiel. Von der Ordnungspresse aber verlangen wir natürlich nicht, daß sie in derartigen Fragen Marx annehmen solle. Sie wird nach wie vor ähnliche Wochenschriften in die Welt hinausgeschicken als Dokumente ihrer ewig unverbesserlichen Ignoranz.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Reichstag, so wird berichtet, wird seine Beratungen mit der bereits vor der Vertagung in der Kommissionsfassung vorhanden gewordenen

Ein Verrückter.

Kampf um Ende eines Lebens.
Von Joseph Neubere.

„Nachdem verboten.“ Die milde Luft eines dämmernden Frühlingsabends umsping ihn auf dem Hügel. In den fahlen Baumkronen schwebte bläulicher, harter Duft und in seinen Nebelstreifen mochte es auf dem dunstigen, braunen Boden. Ein heller, citronengelber Schein strömte im Westen zum dunklen Himmel empor und intensiver leuchteten die vergoldeten Kreuze des Friedhofes an der weißen Mauer der Kirche.

Der Lehrer hatte keine Augen für die Pracht des lauschigen Abends. Er wartete durch den Schmutz der aufgewendeten Straße zum Wirthshaus, wo er jetzt, da er öfters zusprach, ein gar beliebter Gast geworden war.

Deute hieß ihn in der dunklen Stube Frau Kreitmayer willkommen, die mit einem Durschen hinter dem brennenden Kachelofen saß. Als sie Licht brachte, erkannte der Lehrer in dem hummen Gaste den Bedner Toni, der am Tische lauerte und schmer betrunken zu sein schien. Seine Art mit den harten Seiten hatte er neben sich auf die Bank gelegt und seinen schädigen Fuß verkehrt aufgestellt. Die langen Spitzen seines blonden Schmurrbartes, welche nach unten hingen, rahmten das unraute Kinn ein und die grauen Augen irren raufwärtig und verwegener in der Stube herum.

Gattl war dieses Zusammentreffen nicht an-

genehm. Er setzte sich an einen anderen Tisch und schenkte dem Durschen seine Beachtung. Doch der Toni verhand sich Geltung zu verschaffen.

„De! no a Maß her, Wirthshaus! Heu! kommt mer's net d'rauf an. No, werd's bald? Wirthshaus, Saushaus!“

Die Wirthin brachte das Verlangene und nahm ihm gegenüber auf der Bank Platz, wo sie sich mit halber Wendung dem Lehrer zudrehte und den linken Arm auf die Lehne, den rechten auf die Tischplatte stemmte. Nachdenklich sog sie die breite Unterlippe heraus und stierte ins Vere.

„Was sagen S' denn nur zum Herrn Förster und zur Kathi, Herr Lehrer? Da, das war a Ueberraschung?“ fragte sie endlich.

Gattl suchte die Achseln und hustete leicht. „Des war a Freud.“ fuhr die Wirthin fort, „wie mei Mann vom Poiten kommen is und die Verlobung verzählt hat!“

„Glaub's, glaub's,“ sagte der Lehrer. Toni lachte verstimmt und trank aus dem Krüge. Frau Kreitmayer wollte dieses Thema noch nicht verlassen:

„No, das gibt a sehr schöne Heirath und a guate Gh! De Jmoa passen s'amm. Der Herr Förster is a braver Mann und de Kathi is a solid's, ordentlich's Madl.“

Der Betrunkene lachte häßlich: „W'isik passen de Jmoa s'amm! . . . Und mit 'm Heirathsguat thuet si de Kathi a leicht,

krigst ja 'n Förster . . . Da brauch't's soane G'weih ins Haus s'bringen!“

„Geh, Du wäster Rer!“ eiferte die Wirthin, „muast auf alle Leu' 'n Dreck schmeißen?“

Toni grinste und ließ den Kopf fallen: „Warum net gar! I freu mi ja bloß,“ lachte er.

Die Thüre ging auf und mit zwei leeren Biergläsern trat die Magd des Forsthauses in die Stube.

„Frau Wirthin, san S' so guat!“ Der Betrunkene bemerkte das Mädchen:

„Mari! Mari! Da komm' her! Trint' bei mir!“

Damit hielt er ihr den Krug hin. „Magst amal wieder mit mir zum Tanzen geh'n?“ fragte er.

Sie that beleidigt: „Du bist mer scho der Rechte!“

Er zwangte sie in den Arm und lachte plump. „Deswegen geh'n mer do zum Tanzen, geht Mari!“

Herr Kreitmayer, der mit den gefüllten Gläsern, an Stelle seiner Frau, zurückkam, hörte diese Worte und schien sehr entrüstet: „Schamst di net, Toni, jetzt in der Fastenzeit vom Tanzen s' reden?“

„Der mer bei Dir am End' net davon red'n? Da? Unseroans möcht a a Freud hab'n, mia de andern Leut von derer Welt, die alle nit arbeiten.“

Dem Lehrer wurde es zuviel, er zahlte und folgte der Magd in's Freie.

Stumpfsinnig grinste ihm der Holznecht nach:

„Des is a so a Schuft, so a Tagblad, der Lehrer da,“ sagte er zum Wirth. „A Hauzenler is er, der si thut, der too Arbeit kennt. So oaner bal si thagen muast, wie unseroans!“

„Muast Du Di gar so plagen?“ fragte der Wirth.

„? Des mach't guat, Kreitmayer! I schind mi 'n ganzen Tag und de Förster gassen zu und stecken die Fragen in d' Tauschen. De Förster san alle Schufsten, alle mitananda!“

„Toni, halt Dei Maul!“ rief der Wirth. „Alle san's Schufsten, grad extra sag' i des!“

Und de Lehrer san net besser. Ja, g'schmoll'n daher red'n in de Schul und im Leb'n . . . 'n moralischen raushängen, des können's, aber derweil san' alle Spühbaud'n, d'vombers der, der da grad' nausganga is.“

Der Wirth horchte auf.

„Was moanst denn damit, Toni,“ fragte er freundlich.

Der Holznecht lachte verblissen.

„Ja, geht? Jetzt möcht's wissen? Da, ha! Oh, i sag' ent, bal i red' wollt!“

„No, so red' halt,“ wisperte Kreitmayer und klopfte ihm zutraulich auf die Schulter.

Die Junge des Betrunkenen wurde immer schwerer. „Ja, i red' net . . . derf net . . . nit sagen, aber . . . ha, ha, das oane muast i, daß 's im Forsthaus danderweil lusti zugeh'n soll, wenn der Alte net daboam is!“

(Fortsetzung folgt.)

Novelle zur Strafsprossordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz beginnen. Wie nun vorgegangen wird er den Etat für 1897/98, den bereits veröffentlichten Entwurf, die Zwangsorganisation des Danwerks (vor der Vertagung bestand schon der in der Kommission liegende Entwurf) betr. die Errichtung von Danwerkskammern, den bereits veröffentlichten Entwurf betr. die Abänderung des Alters- und Invaliditätsgesetzes vorfinden. Die Vorlage betr. die Zinsberichtigung der deutschen Reichsanleihen mit der in Aussicht genommenen Schuldfrist von 8 Jahren für die Besitzer von konvertierten Anleihen wird höchstwahrscheinlich erst später eingehen. Es ist auch zweifelhaft, ob die Vorlage für die Gehaltserhöhungen der Beamten und der Vorlegung des Etats werden verbunden werden können, da nach offizieller Behauptung die Einzelheiten über die bereits eingegangenen in die Presse gelangt sind, noch nicht feststehen sollen. Eine Novelle zum Unfallversicherungsgesetz ist zwar schon im Reichsanwalt des Innern ausgearbeitet, dürfte aber noch nicht an den Reichstag gelangen.

Von den Handelskammern wird eine Eingabe an den Reichstag vorbereitet, worin Vorschläge für die Zulassung eines Rechtsweges in Zollstreitigkeiten gemacht werden. Die Vorschläge lauten im wesentlichen auf die Errichtung eines Reichsollstrafkommissars hinaus.

Der Judenwucher. Ueber eine einmalige Abänderung des letzten Judenwuchergesetzes wird anheim ebenfalls offiziell angekündigt, daß die Regierung sich der Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage, die der Reichstag bekanntlich abgelehnt hat, nicht widersetzen werde.

Die Stühnahl im Wahlkreise Mainz-Oppenheim, die zwischen Genossen David und Schmitt (Zentr.) stattgefunden hat, ist auf den 14. Nov. festgesetzt.

Die Reichstags-Stühnahl in Oelsen zwischen Röhrer (Antik.) und Schelbmann (Zos.) findet am 19. d. M. statt.

Von Jameson Bismarck'schen Neutralitätsvertrag schreibt man dem „Reiter Lloyd“ aus dem österreichischen Generalstab:

„Wenn Ausland von Österreich-Ungarn „prosozial“ worden wäre, hätte Deutschland eine wohlwollende Neutralität gegen Rußland beobachtet. Welche sind aber die Kriterien der Prosozialität? Man wird sagen: die Bereitschaft in der Überleitung der Kriegserklärung. Das ist aber nicht richtig. Am 27. April 1859 hat Österreich die Kriegserklärung in das Hauptquartier der kaiserlichen Armee geschickt, welchen Bescheid die Kaiserlichen Organe beizulegen, um Österreich als den Hauptkriegführender in der Weltöffentlichkeit doch Frankreich und Sardinien den Krieg herbeizurufen lassen. Mit einiger Geschicklichkeit läßt sich also die Kriegserklärung immer so drehen und wenden, wie man will. Zum gegebenen Male wäre es also dem Fürsten Bismarck nicht schwer gewesen, Österreich-Ungarn als den prosozialen Theil hinzustellen und eine wohlwollende Neutralität gegen Rußland anzubahnen. Und die praktische Betätigung dieser Leitlinie läßt sich bei der kaiserlichen Besetzung Bismarck's gegen unsere Monarchie die größten Anstrengungen erwarten. Seit dem Abschluß des Bündnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland entscheidet sich zwischen beiden als militärisch ein so unermessliches Verhältniß, daß man in Berlin seinen Augenblicklichen Reichthum-Ungarns, sondern auch in jene eigenen Anordnungen genann, welche für bestimmte Conventionalitäten beschaffen sind. Der Militär-Stützpunkt der deutschen Reichsarmee in Wien ist das höchste Fortschritt der Reichsarmee und Kaiser und Reich und war jenseits im Kriegsmuseum wie im Generalstab eine willkommene Veranschaulichung, welche man mit großer Offenheit bezeugte. In gewissen Momenten, Schiedsgerichten und Experimenten, zu denen sich die Militär-Stützpunkt-Jugend hatte, wurde der Vertreter der deutschen Armee vertrauensvoll bezeugen. Dieser mußte alles und erfuhr alles und berichtete natürlich pflanzlich alles nach Berlin.

Man darf an der Dämmerung und an den letzten Minuten der militärischen Schritte in Berlin seinen Augenblick gemessen werden. Klein die beim Generalstab einlaufenden Berichte der Militär-Stützpunkte werden geschäftsmäßig nach dem kaiserlichen Amt und vordem (zur Ansicht) ausgeführt und hierüber selbst das Kaiserliche Amt nicht selten die Befehle direkt anweisen, aber bestimmte militärische Anordnungen, operative Vorbereitungen u. dgl. in durch den Militär-Stützpunkt-Geschäftsmann einzuholen und den Bericht unmittelbar der Reichsarmee einzuholen.

Man konnte — wie gesagt — der deutsche Militär-Stützpunkt vermöge des Vertrauens, welches man demselben von allen Seiten entgegenbrachte, alles erfahren, was er wollte. Man kann sich also vorstellen, wie Fürst Bismarck die „wohlwollende Neutralität“ gegen Rußland praktiziert hätte, wenn Österreich-Ungarn in der Periode 1854—1860 so unerschrocken gewesen wäre, in die Falle zu gehen und Rußland zum Krieg zu „provozieren“. Es geht uns, wenn wir die Thaten und Konventionen der „wohlwollenden Neutralität“ betrachten, welche der „ältere Reichsminister“ dem Bismarck'schen Kabinett vorgesetzt hatte.“

Wir veröffentlichen diese Stimme aus den maßgebenden Kreisen Österreich-Ungarns, weil von den schamloseten der Bismarck'schen Organe noch immer der Versuch gemacht wird, den Neutralitätsvertrag mit Rußland als ganz harmlos und den Bundesvertrag mit Österreich gar nicht berührend hinzustellen.

Im Sachverhalte sind etliche Schrauben los. Der neue, wenn auch nicht jüngste „Landesverwalter“ befragt sich in der letzten Nummer seines Hamburger Leitblattes, daß er von dem Publikum schände verkannt werde, und er erzählt eine lange Jagdgeschichte von der bösen „offiziell-demokratischen Presse“, die den Glauben an den Patriotismus und die Popularität des teufelhaften und konigkreuzhaften der Deutschen im Walle der Denter zu untergraben suche. In letzter Linie hatten die Vorkämpfer es auf die Grundlagen des deutschen Reiches abgesehen. Daß der teufelhafte der Deutschen sich von Klatten verfolgt glaubt, ist ein sehr schlimmes Zeichen.

Die Familie sollte wirklich einmal einen unabhängigen Arzt fragen.

Kun wird's heiter! Wenn die „Welt. Pol. Korr.“ recht unterrichtet ist, wird in konservativen Kreisen beabsichtigt, die „Bismarck-Entscheidungen“ im Reichstage zur Sprache zu bringen. Das Hamburger Bismarckorgan registriert diese Mitteilung und das Bismarck'sche „Leipziger Tageblatt“ schreibt dazu mit mehr bläber Ueberhebung als Verstand: „Doch nicht beabsichtigt sich diese Meldung. Denn wenn auch aus den Erklärungen des „Reichsanwalt“ hervorgeht, daß die leitenden Staatsmänner sich für verpflichtet halten, über das im Jahre 1890 nicht erneuerte deutsch-russische Asektanz-Abkommen auch jetzt noch Stillschweigen zu beobachten, so wird sich doch eine Debatte entspinnen, aus der, wie wir zuversichtlich hoffen, mit voller Klarheit hervorgeht, daß die nationalen Parteien ohne Ausnahme die Motive, die den Fürsten Bismarck zu seiner Enthüllung bewegen haben, zu würdigen wissen und, weit davon entfernt, ihm persönliche Nachsichten unterzuschleien, die denselben Unterstellungen eines Theiles der Presse auf das Schärfste mißbilligen. Schon damit wäre viel gewonnen und den Deputen, die gar zu gern den Kaiser und seine jetzigen Rathgeber gegen den Fürsten Bismarck aufbringen möchten, der Boden entzogen.“ Die Bismarck-Verfechter würden ihrem „Deros“ seinen schlechtesten Dienst leisten können, als wenn sie ihn im Reichstage zu verteidigen suchten. Die Konservativen müssen längst, daß man von anderer Seite die Enthüllungen zur Sprache bringen wird. Wollen sie mit einem selbständigen Vorgehen bemessen, daß sie „Wuth“ haben und die „Kritik nicht fürchten“, so spielen sie nur recht tolle Figuren, die aus der Noth eine Tugend machen.

Sozialdemokratie und Vereinsgesetz. Die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ schreibt: „In einem neuerdings in einer Straßlade wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes erlangten Erkenntnis des Kammergerichts ist ausgeführt, daß der in Betracht kommende Verein anzusehen sei, der bezwecke, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Zur Begründung heißt es in dem Erkenntnis, wie schon in früheren Fällen wiederholt ausgesprochen, daß die Agitation für die sozialdemokratische Partei, deren Ziel die Umkehr der Staatsverfassung, der Gesetzgebung und der sozialen und religiösen Verhältnisse der Gegenwart ist, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, indem die verfolgten Ziele das öffentliche Interesse betreffen.“ Die von uns in Sprechdruck herorgehobenen Worte sind in gleicher Weise auch in der „Nord. Allgem. Ztg.“ herorgehoben worden. Was aber bezweckt das offizielle Blatt damit? Hat man in maßgebenden Kreisen wieder einmal das Bedürfnis, die „Umkehrverfassung“ zu forcieren unter der willkürlichen und völlig hilflosen Annahme, daß die Sozialdemokratie die „gemeinsame“ Vereinsthätigkeit des Volkes wolle? Man thut nicht gut daran, das Kriterium der „Umkehr“-Vertrübungen lediglich auf die Sozialdemokratie anzuwenden und die Thatlande zu ignorieren, daß auch jede der „haarschälenden“ Richtungen ihre auf den Umkehr verfassungsmäßiger und gesetzlicher Einrichtungen z. gerichteten Bestrebungen hat. Daß die Agitation für die Sozialdemokratie eine Einwirkung auf öffentliche Interessen bezieht, braucht wirklich nicht erst in einem Gerichtskenntnis ausgesprochen zu werden, denn das hat noch Niemand in Zweifel gezogen, am allerwenigsten die Sozialdemokratie selbst.

Der „Umkehr“. Aus Berlin wird berichtet: „Bei den in den letzten Tagen stattgehabten militärischen Kontroll-Versammlungen wurde eine kriegsministerielle Verfügung verlesen, nach welcher es den Mannschaften des Beurlaubtenstandes in der Zeit während einer Einberufung zu einer militärischen Übung und während einer Kontroll-Versammlung verboten ist, revolutionäre oder sozialdemokratische Gesinnungen durch Kundstuf und dergleichen fundzugeben oder revolutionäre oder sozialdemokratische Zeitungen zu halten. Jeder Mann, der Jamburhandlungen erfahre, sei verpflichtet, solche anzuzeigen. Die Behauptung, daß die Mannschaften am Tage der Kontroll-Versammlungen bis Nacht 12 Uhr unter den Militär-Gehehen ständen, wird bei jeder Kontroll-Versammlung verlesen.“ — Wir vermögen nicht einzusehen, daß es der Sozialdemokratie irgendwoe Abbruch thun könnte, wenn einer der Jbrigen gesonnen ist, einen Tag oder etliche Wochen für die Befundung seiner Gesinnung zu entdalen. Um so lebhafter wird er die Befundung sich angelegen sein lassen, wenn er des Jwaniges ledig geworden.

Prozeß wegen Fohlgeldhinterziehung. Die Reichspostverwaltung hat es neuerdings in einigen Kreisen erregenden Fällen beliebt, sozialdemokratische Zeitungen wegen Fohlgeldhinterziehung unter Auflage zu stellen. Wegen eines solchen Neutes hatte sich vorige Woche auch Genosse Gied aus Hfenburg vor der Strafammer in Karlsruhe zu verantworten und am Donnerstag, 5. Nov. wurde das Urtheil gefällt. Genosse Gied hatte seit Jahren die für die umliegenden Ortschaften von Karlsruhe bestimmten Zeitungen des Karlsruher Pakt beigelegt, wo sie dann bei der dortigen Expedition von Woten abgeholt wurden. Datin erbließ die Postverwaltung eine Post-

geldbetrug und klagte Genossen Adolf Gied und ein Jülicherbedienten an. In der vor einigen Tagen stattgehabten Verhandlung beantragte der Staatsanwalt, die Angeklagten zu 497,80 Mf. Strafe, den doppelten Betrag der angelegten betrauten Summe, zu verurtheilen. Genosse Gied wurde wegen Vergehen gegen den § 11 des Fohlgeldes zu 248,10 Mf. verurtheilt. Die gleiche Strafe trifft die übrigen drei Mitangeklagten, welche die Zeitung vertheilt haben, und zwar nach Maßgabe der Zahl der Exemplare, die sie zur Vertheilung gebracht haben. Die niedrigste Strafe betrug 70 Mf., die höchste 248,90 Mf. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß in den 10 Mf. Provision, welche pro Monat für den Abonnenten bezahlt werden feien, eine Vergütung enthalten sei für die Beförderung einer politischen Zeitung, und zwar auf andere Weise, als die das Fohlgeld zulasse. Die Genossenschaftlichen dürften sich nach Ausführung des Fohlgeldes für Gied auf ca. 8000 Mf. belaufen, da die Erhebungen sehr umfangreich waren und seit dem 1. Mai anwärteten. Außerdem dürfte Gied die Kosten für die Mitangeklagten zu zahlen haben.

In 1200 Mark Geldstrafe oder 120 Tagen Gefängnis wurde dem Schöffengericht in Halle a. S. Genosse Wammig verurtheilt, weil er den Betrag Kredit dadurch beiseigt haben soll, daß er ihm den Vorwurf der Unmährheit gemacht habe. Es handelt sich dabei um ein Verkommen im Wahlkampfe. Von verschiedenen Seiten war dem „Volkblatt“ berichtet worden, daß Herr Kredit Vorsteher des Schöffengerichts in Unzufriedenheit über Bergleute sei. Herr Kredit stellte dies in Abrede. Er gab zu, daß er Bergleuten verschiedene Schöffengerichte sei, nicht aber des Schöffengerichts für Bergleute. Das Urtheil spricht für sich selbst. Erwähnt sei, daß der Agent Siefelbach, der im Wahlkampfe von 1893 vom Genossen Rannert behauptet, dieser sei wegen Amtshandlungsverbrechen bestraft, für diese rein aus der Luft gegriffene und gerichtlich widerlegte Behauptung zu 100 Mf. Strafe verurtheilt worden.

Die Konfiskation der jüngsten Nummer des anarchischen Wochenblattes „Armer Conrad“ ist, wie die dem Redakteur zugeheltte Begründung der Verhaftung besagt, auf Grund eines Artikels über Faustrecht erfolgt, der den Fall Brüllwitz behandelt und in dem eine Aufzählung von Gewaltthätigkeiten gefunden wurde. Ferner wurde ein Artikel der gleichen Nummer mit der Ueberschrift „Vertrauter Liebesverhältniß“, welchen der „Arme Conrad“ dem „Böblichen Vadenbosten“ entnommen hatte und in dem berichtet wurde, daß ein betrunkener Jahnmeister von seiner Waffe habe Gebrauch machen wollen, vom Bericht beurlaubt. Gleich nach der Konfiskation wurde bei dem Redakteur des „Armen Conrads“, dem Metallarbeiter Friedrich, sowie bei den Anarchisten Landauer Spohr und Weidner eine Hausungung abgehalten, wobei mehrere Schriftstücke mit Verhaftung belegt wurden.

Schwed. Jütia, 5. Nov. In Jern fand am Sonntag der zweite Wahlgang für die Nationalratswahl bei recht schwacher Beteiligung der Stimmberechtigten statt. Das Ergebnis war die Wahl des freimüthigen Bärgi, Baumeister, der 5190 Stimmen erhielt, während der konservativere Gegenkandidat v. Wallenwoll es nur auf 2780 und der Sozialdemokrat Schözer gar nur auf 1017 Stimmen brachte. Der Jern Wahlkreis durch 3 Freimüthige und 2 Konservativere vertreten, nun hat die freimüthige Partei alle 5 Vertreter. In Jagen werden die Sozialdemokraten im zweiten Wahlgang den Genossen Wälster nicht wieder aufstellen, nachdem der verhasste liberale Gegenkandidat, Dr. Weibel, von seiner Kandidatur zurückgetreten und seitens der Jernwähler der Bürgermeister Jagen von Krebs aufgestellt wurde. Die Sozialdemokraten werden nun diesen unterfügen und so die Jagen der Ultramontanen auf die Stelle des liberalen Dritten vorsehen. — In dem sozialdemokratischen Parteitag in Winterthur dürfte wohl auch über die Proportionalwahl des Nationalrates gesprochen werden. In Jern will man von sozialdemokratischen Seite einen neuerlichen Versuch machen, auf dem Wege des Initiationsbezugs den Proporz für den Nationalrat (Landtag) einzuführen.

Italien. Mailand, 6. Nov. Crispi als Kandidat. Die Wähler der „Italia“ veröffentlicht einiged näher über die Ursachen der schlimmen Lage der Filiale des Banco di Napoli in Bologna. Giernach erhielt Crispi zur Zeit seines letzten Ministeriums 240000 Lire zur Bezahlung seiner Schuld bei der Banca d'Italia. Die Gesamtschuld Crispi bei der Filiale des Banco di Napoli in Bologna beträgt nach der „Frank. Ztg.“ 600000 Lire (480000 Mf.).

Frankreich. Paris, 6. Nov. In der Budgetkommission fehte der Finanzminister Cochery die Abänderungen aneinander, welche der Fohlgeldwurf betr. die Reform der direkten Steuern erfahren soll; der Minister bestritt, er habe auf den Theil dieses Fohlgeldwurfs, welcher eine Steuer auf die französische Rente einführt, verzichtet, halte aber die Steuer auf fremde Werte aufrecht.

Um 25 Millionen, welche als Ertrag der Besteuerung der Rente gefordert waren, zu ersetzen, wird der Minister die Erhöhung der Steuer auf bewegliche Werte sowie die Einführung einer Steuer auf Schuldkonten vorschlagen. Diese Reformen werden im Budget von 1897 keine Anwendung mehr finden.

Paris, 7. Nov. Die Garmaux-Debatte am 5. November hat Herrn Barthou, den Polizeiminister, in feiner ganzen Brutalität und Bosheit enthüllt. In feiner pathetischen Rede sagte er: Man habe von den Charzen der Kasse nicht gesprochen. Die Wahrheit sei, daß es überhaupt keine Charzen gegeben habe. (Die Linke protestirt förmlich.) Jarnes springt auf und schreit fortwährend Worte, die in dem Tannal nicht vernehmbar sind) Darauf ruft Barthou, sich zu nehmbar sind) und die Linke werden: Wo sind die Charzen, wo sind die Vermwendungen? Raum ist ihm dies Wort entföhren, als die ganze Linke emporspringt und Barthou jurult: Sie verlangen Tod? Sie sind nicht zufrieden? Fualleur! (Niedergerüßer!) Barthou steht mit untergeschlagenen Armen und lacht mehrmals verächtlich zu Wort zu kommen. Immer wieder wird er durch die Linke an Sprechen verhindert. Schließlich gelingt es Barthou, der klau und erschüttert aufzesteh, die Worte vorzubringen: „Ich protestire gegen diese abscheuliche Interpretation. Man hat in gewissen Jütungen geschrieben, es habe Leiden gegeben, und wenn ich frage, wo sind die Leiden, will man glauben machen, ich behauerte, daß kein Blut geflossen sei.“ Das Jentrum applaudit, aber die Linke trümt, und Barthou ist vollkommen jastungslos. Das Wort wird Barthou und feinen Mitrednerinnen sehr theuer zu stehen kommen.

Aus Stadt und Land. Sant, 10. November.

Gerichtstag. Da morgen, Mittwoch, im Rathhause hiersehl der übliche Sprechtag des Amtsgerichts Jener stattfinden, so feien die Interessenten an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam gemacht.

Nach dem Vorschlage der Einnahmen und Ausgaben des Herzogthums für die Finanzperiode 1897 bis 1899 werden u. a. als außerordentliche Ausgaben beim Sanstage beantragt für ein neues Gymnasium in Jener 67000 Mf. für 1897, 75000 Mf. für 1898 und 55691 Mf. für 1899, zusammen 177691 Mf.; für den Bau eines Amts- und Amtsgerichtsgebäudes in Sant 25190, 67500 und 67500 Mf., zusammen 160190 Mf. Als Beitrag zu den Kosten der Befundung der nächstjährigen großen landwirthschaftlichen Ausstellung in Damburg werden 10000 Mf. gefordert.

Der Empfang der Landtags-Deputation. In einem festlichen Abendsprogramm feht die Jaltung der Landtagsdeputation, welche am Samstag Nachmittags vom Großherzog empfangen worden ist, mit dem jentlich geharnischten Protest der 27 Abgeordneten gegen den Abschluß des letzten Landtags durch den Großherzog. Die Deputationsmitglieder wurden feinem einzeln durch den Wähler Jagen vorgestellt und nach Empfangnahme feiert der neugewählte Landtagspräsident, Konrad Groß aus Brafe, der auch zu den Protestlern gehört, die obigste Anfrage, in welcher die Sozialisten und christlich-vollständig Anhänglichkeit der Volkserhebung verfehtete. Im Verlauf der Unterhaltung lenkte dann der Großherzog — wie jtiten hier nach den „A. i. Z.“ — selber das Gespräch auf die Differenzen zwischen dem Landtage und den Ministern. Was der Großherzog bei dieser Gelegenheit gesagt, darüber schweigen sich die „Nachrichten“ jänzlich aus, natürlich aus Rücksicht des „Taktens“, wie sie es nennen. Nur joweit sei bemerkt, daß der Großherzog die Form der Kritik, welche der Landtag gewählt, nicht für jntreffend erklärte, worauf seitens der Abgeordneten in ehrsüchtvoller Weise Jene erwidert wurde. Wie diese kurze Erwidrerung ausgefallen ist, kann sich Jeder leicht selbst ausmalen. Später ist dann noch die Deputation zur Hofstaf geladen worden, an welcher auch die Minister, sowie verschiedene Hofjagden theilgenommen haben. Was nach alledem von der Befprechung des an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Landtagsabschlusses, die betreffend in der morgigen Sitzung des Landtags stattfinden soll, beizustimmen wird, das zu beantworten wollen wir vor der Hand dem demokratischen „Gemeinnützigen“ überlassen. Der feint seine Pappenhemer schon.

Jahrbuch Diebstahl. Der Weinstubenhabere Leo, Kanalweg, mußte gestern Abend, als derselbe zu kurzer Rast im „Banter Hof“ abgebliegen war, die unangenehme Entdeckung machen, daß feine wertvollsten Fahrab, das er unvorsichtigerweise vor der Thür hatte stehen lassen, spurlos verschwunden war. Alles Suchen nach demselben war vergeblich. Jweifellos dürfte es einem Fahrabwarter in die Hände gefallen sein. Offenhichtlich geht es unseren Polizeijagden noch, solchen Verbrechen ist unauferbarer Jandwert einmal gründlich zu legen.

Reuherren, 10. November. Diebstahl. Ein fecher Diebstahl wurde gestern Nachmittags am heilichsten Tage bei dem Fandlicher P. hiersehl ausgeführt. Dem

Bekanntmachung.

Der Beschluss des Gemeinderaths vom 5. ds. Mts., betreffend Aufbringung der den Gemeinden auferlegten Verordnungen zur Herstellung von Amts-Chausseen, liegt von heute an auf vierzehn Tage bei dem Unterzeichneten zur Einsicht und Abgabe etwaiger Einwendungen öffentlich aus.
Seppens, den 10. November 1896.

Der Gemeindevorsteher.
Athen.

Immobil-Verkauf.

Das bisher von dem Kesselschmied S. Wachholtz zu Bant benutzte, am **Banter Wege** sub Nr. 1 belegene, zu drei Wohnungen eingerichtete

Haus

nebst Stall und sonstigem Zubehör

soll in dem dazu auf

Donnerstag den 19. ds. Mts.

Abends 7 Uhr

im **Banter Schlüssel** zu Bant

angelegten Versteigerungstermine öffentlich gegen Meistgebot verkauft werden.

Die Verkaufsbedingungen liegen in meinem Geschäftszimmer zur Einsicht aus und gebe ich gerne weitere Auskunft.

Neuende, den 9. November 1896.

H. Gerdes,
Auktionator.

Käse-Verkauf.

Die am 9. ds. Mts. ausgefallene

Käse-Auktion

findet bestimmt am

Mittwoch den 11. November. cr.

Nachmittags 2 1/2 Uhr anfangend

im Lokale des Herrn **Wirtz Joel** zu

Zombeck statt.

Pundsack,

Rechnungsheller.

Grundstück-Verkauf.

Mein an der Alten Straße belegenes

Grundstück

Nr. 8 und 8a, groß 647 qm, beabsichtige

ich zum Austritt auf 1. Mai 1897 mit

ca. 10 000 Mark Abzahlung zu verkaufen.

Das Grundstück eignet sich wegen

seiner sehr vortheilhaften Lage zu jedem

Geschäftsbetrieb.

Interessanten wollen sich in meinem

Comptoir, Güterstraße 15, einfinden.

H. E. Ewen.

Geschäfts-Verlegung.

Meine Schreibmaterialien-,

Lederwaren-, Pfeifen- und

Cigarren-Handlung befindet

sich jetzt

Neue Wilhelmsh. Straße 3.

G. Buddenberg.

Suche per sofort eine

tücht. Verkäuferin

agilbar und gewandt, für die Abth.

Corsets, Wäsche, Pelzwaren.

Julius Schiff,

W. Philipsen Nachf.

**Waarenhaus
B. H. Bührmann.**

**Warme
Winter-Mützen**
für Knaben
von 25 Pf. an.

Winter-Mützen
für Herren
von 25 Pf. an.

Felz-Mützen
von 1,25 W. an.

Herren-Hüte
schwarz und farbig
in den neuesten Façons.

Empfang eine Ladung beste

Speise-Zwiebeln
und verkaufe dieselben
das Pfd. 3. 6 Pf., 10 Pfd. 45 Pf.
sachweise bedeutend billiger.

J. Herbermann,
Kaiserstr. 55. Grenzstr. 50.

**Waarenhaus
B. H. Bührmann.**

**Doppeltbreiter
Kleider-Warps**
Meter 28 Pf.

Beste hiesige

Koch-Mettwurst
das Pfund 70 s.

**Rothwurst, Leberwurst
und Sülze**
das Pfund zu 40 s.

Gut durchw. westf. Speck
das Pfund zu 65 s., 5 Pfd. zu 3 M.

J. Herbermann,
Kaiserstr. 55. Grenzstr. 50.

Gutes Logis für 2 jg. Leute
Neue Wilhelmshavener Straße 12.

Ein möbl. Zimmer
zu vermieten Katharinenfeld, Liebrecht-
straße 2, 1 Tr. L., nahe bei d. Wert.

**Waarenhaus
B. H. Bührmann.**

Wollene Ballstoffe!

Reizende Neuheiten in
Crêpe, Batist, Kamagè, effektvolle Mohairs,
Crêpons, seidene Stickereien etc.

Ball-Seide!

Glatte Bengalinegewebe,
kleine Brochès, Cravers, Damassè etc. etc.

Enorme Auswahl!
Preise außerordentlich niedrig.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in
Seppens, **Muenstraße 22**

eine Filiale

meines Manufaktur- und
Kurzwaaaren-Geschäftes.

Indem ich reelle, billige und aufmerksame
Bedienung zusichere, bitte ich um gütigen Zuspruch.

Bant, den 10. November 1896.
Anton Brust.

Zu vermieten
zum 1. Dezember eine freundl. drei-
räumige **Oberwohnung.**
Neue Wilhelmshavener Straße 33.

Zu vermieten
3. 1. Febr. eine **Oberwohnung.**
3. Kasten, Neue Wils. Str. 31.

Zu vermieten
mehrere Unter- und
Oberwohnungen.
G. Heilemann, Nordstraße.

Gesucht eine Frau
für die Vormittagsstunden.
Grenzstraße 1.

**Gesucht
gute Maurer.**
Brämer, Grenzstraße 31.

Gesucht
ein junges Mädchen von 16 bis
17 Jahren für den Vormittag.
Meldungen an die Expedition d. Bl.

Zu kaufen gesucht
ein alter, gebrauchter vierräd. Hand-
wagen. Nachfragen
Börsestraße 20, 1. Etage.

Ein älteres, erfahr. Mädchen
sucht zum 1. Dezember **Stellung** als
Haushälterin.
Off. unter **Nr. 20** bef. die Exp. d. Bl.

Wohnungs-Veränderung.

Den geehrten Bewohnern von Seppens
und Umgegend zur gefälligen Anzeige,
dass ich seit dem 1. November
Friederikenstr. 11, 10c.
in **Neuhappens**
wohne. Mit der Bitte um gütigen Zu-
spruch zeichne hochachtungsvoll

Euphemia Janssen,
Schneiderin.

**Fremdliche Bitte
an meine
werthe Kundschaft!**

Ich möchte höchst
darum bitten, dass die
von mir entnommenen
Bierflaschen nicht zu
anderen Zwecken (wie zu
Petroleum, Del etc.) ver-
wendet werden, da ich
dieselben dann nicht mehr
verwenden kann. Gerne
gebe ich zu solchen Zwecken
andere leere Flaschen
gratis ab.

R. Herbers, Bank,
Bierverleger.

**Gutes Logis
Verl. Börsestraße 9, part.**

Feine Wäsche
wird schön und sauber geplättet.
Anna Eden, Blätterin,
Schulstraße 1, Genossenschaftshaus.

Verloren
eine messingene **Achsenmutter,**
gez. R. Hiden, Marienfel. Abzugeben
bei **Häder Holteris, Wismarstraße.**

Zugelaufen
ein junges **Duhn.** Abzuholen gegen
Erstattung der Fretionsgebühren
Eisenbahnstraße 5.

Nachruf!

Am Sonntag Nachmittag 5 Uhr
starb nach kurzer Krankheit unser
Bereitsmitglied

Eilt Eden Foss
im 67. Lebensjahre. Die Mit-
glieder des Vereins „Rompaß“ ver-
sieren in dem Dahingegangenen
ein treues und strebames Mitglied
und werden ihm ein treues An-
denken bewahren.

Wilhelmshaven, 10. Nov. 1896.
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet Donner-
stag, 12. Novbr., Nachm. 2 1/2 Uhr,
vom Sterbehause, Roonstraße 89,
aus statt.

Danksgiving.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau und guten Mutter, wie für
die vielen Kranzspenden, insbesondere
Herrn Pastor Abdis für die trostreichen
Worte am Grabe, sagen wir Allen auf
diesem Wege unsern tiefgefühltesten Dank.

Bant, den 10. November 1896.
F. Düker nebst Tochter.

Wulf & Francksen  Ausstellung fert. Betten.	Einschlafge Betten Nr. 8 aus grau-rot gestreiftem Körper mit 14 Pfund Federn Oberbett 6,— Unterbett 6,— 1 Kissen 2,50 Wrl. 14,50 Zweischläf. Wrl. 20,50	Einschlafge Betten Nr. 10 aus rot-grau gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn Oberbett 10,25 Unterbett 10,25 2 Kissen 7,— Wrl. 27,50 Zweischläf. Wrl. 31,—	Einschlafge Betten Nr. 10b aus rot-rosa gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn Oberbett 13,50 Unterbett 13,50 2 Kissen 9,— Wrl. 36,— Zweischläf. Wrl. 40,50	Einschlafge Betten Nr. 11 aus rothem oder rot-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbbaunen. Oberbett 17,50 Unterbett 17,50 2 Kissen 10,— Wrl. 45,— Zweischläf. Wrl. 50,50	Einschlafge Betten Nr. 12 Oberbett aus rothem Daunen- körper, Unterbett aus rot. Atlas mit 16 Pfd. Daunen u. Federn. Oberbett 22,— Unterbett 20,50 2 Kissen 12,— Wrl. 54,50 Zweischläf. Wrl. 61,—
---	---	---	--	---	--